



Die Lupe



Informationen für die
Samtgemeinde Aue

Jahrgang 13 | Ausgabe 1 | Juni 2012

@Kreistag 1.0

Bericht über die Arbeit der SPD-Kreistagsfraktion

Seit 01.11.11 vertrete ich Sie als Abgeordneter im Kreistag Uelzen und möchte Sie daher heute über unsere Arbeit in diesem Gremium informieren.

Im Dezember stellte die SPD-Fraktion auf meinen Vorschlag einen Antrag auf Realisierung eines Radwegemodellprojektes, mit dem eine günstigere Bauweise für Radwege erprobt werden sollte. Da das Geld knapp ist, müssen wir versuchen, Einsparpotentiale zu finden, die es ermöglichen, durch günstigere Baukosten mehr Radwege als bisher an Kreisstraßen zu bauen. In einer bisher nicht gekannten Schärfe wurde dieser Antrag von der Spitze der Kreisverwaltung schon im Vorfeld öffentlich demonstriert. Ein Folgeantrag der SPD führte aber letztlich dazu, dass die Mittel für den Radwegbau an Kreisstraßen von jährlich 100.000 Euro auf 200.000 Euro verdoppelt wurden.

Im Februar 2012 stellte die SPD einen Antrag für den NIGHTLINER, eine Schnellbusverbindung zwischen Uelzen und Lüneburg, die an den Wochenenden für die Zeit eingerichtet werden soll, in der keine Züge fahren. Hintergrund: nachts sind viele Jugendliche am Wochenende

mit dem Auto zwischen Uelzen und Lüneburg unterwegs, sie gehören nach wie vor zu der am meisten gefährdeten Gruppe von Verkehrsteilnehmern. Die Mittel für den NIGHTLINER standen zur Verfügung, eine Kreditaufnahme wäre nicht notwendig gewesen. Was für eine tolle Ausgangsposition in Zeiten knapper Kassen!

Aber auch hier bremste die CDU. Statt das Argument Verkehrssicherheit aufzunehmen, war das Gegenargument, das Geld würde für den Beitritt zum HVV benötigt. Richtig ist: Das Geld für den NIGHTLINER ist jetzt vorhanden und kann in diesem Jahr nicht für den HVV eingesetzt werden. Letztlich setzte die SPD aber auch hier einen Kompromiss durch. Die Buslinie soll nun in die Neuregelung des Öffentlichen Personennahverkehrs, die aktuell geplant wird, mit einbezogen werden.

Ein weiterer Antrag bezog sich auf die Anpassung des Betriebskostenzuschusses für den Betrieb der Kindergärten, den der Landkreis Uelzen den





Kommunen seit 2004 gewährt. Die Kommunen übernehmen hier seit Jahren Aufgaben des Landkreises und werden dafür von ihm entschädigt. Hierüber wird nun in Kürze entschieden. Es sieht derzeit so aus, dass der Betriebskostenzuschuss erhöht und die Kommunen damit deutlich entlastet werden.

CDU und FDP haben im Kreistag einen Antrag zur Schaffung einer „mittlungsständefreundlichen“ Kreisverwaltung gestellt. Die Beschäftigten der Kreisverwaltung wurden dabei unberechtigten Vorwürfen ausgesetzt. Die SPD jedenfalls stellte sich vor die Be-

schäftigten der Kreisverwaltung, und das war gut so! Zwischen den Zeilen war erkennbar, dass die FDP als Initiator des Antrags eigentlich den neuen Landrat Dr. Blume (CDU) und seine Wahlversprechen im Visier hatte. Was die CDU dazu getrieben hat, sich an einem solchen Angriff der FDP gegen den eigenen (CDU)-Landrat zu beteiligen, erschließt sich einem nicht wirklich.

Ich werde Sie auch zukünftig mit der Reihe „@Kreistag“ in der LUPE informieren.

Stefan Weil, unser Kandidat zum Ministerpräsidenten: Bürgerbeteiligung und Transparenz in Niedersachsen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit den Wahlen in Nordrhein-Westfalen endet das Landtagswahljahr 2012. Die SPD kann sehr zufrieden sein. Überall haben wir ordentlich zugelegt und in NRW einen wirklich famosen Wahlsieg geschafft. Das ist ein Ansporn für uns in Niedersachsen und macht uns zuversichtlich, am 20. Januar 2013 auch hier einen Regierungswechsel herbeiführen zu können.

Der ist auch dringend nötig. Niedersachsen befindet sich in einer gefährlichen Phase des Stillstandes, wichtige Zu-

kunftsthemen werden von der Landesregierung gar nicht oder nur sehr unzureichend angepackt. Ein Beispiel ist die Umwelt- und Energiepolitik. Es ist keine zwei Jahre her, da haben Angela Merkel und David McAllister die Laufzeitverlängerung für die deutschen Atomkraftwerke durchgesetzt. Dann kam die Nuklearkatastrophe von Fukushima und die vollständige politische Kehrtwende der schwarz-gelben Bundesregierung.

Wir in Niedersachsen wissen am besten, dass die gesellschaftlichen Folgen der Atomkraft nicht beherrschbar sind. Gorleben ist ein Symbol für die bis heu-



te ungelösten (Endlager-)Fragen, es muss von der Liste möglicher Endlagerstandorte gestrichen werden. Wenn es in Jahrzehnten nicht gelungen ist, die geologische Eignung des Salzstockes für die Endlagerung nachzuweisen, dann braucht man sich über eine mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung für dieses Vorhaben nicht wundern.

Für mich ist entscheidend, dass wir aus den Erfahrungen einer gescheiterten Endlagersuche am Beispiel Gorleben ler-

nen. Die künftige Endlagersuche muss viel stärker als bisher auf frühzeitige Bürgerbeteiligung, Transparenz und Offenheit setzen. Nur dann wird es gelingen können, dieses „Jahrtausendproblem“ in einem gesellschaftlichen Konsens zu lösen. Das muss das Ziel aller Beteiligten sein und dafür möchte ich mich auch ganz persönlich einsetzen.

Ihr Stephan Weil
SPD-Landesvorsitzender

Kirsten Lühmann:

Keine Sparpolitik zu Lasten der Verkehrssicherheit - kein Führerschein mit 16

Augmentlich wird das Thema Führerschein mit 16 in unserer Region unter anderem in unserer Lokalzeitung heftig diskutiert.

Als zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Verkehrssicherheit, aber auch als Mutter von drei Töchtern, die noch nicht allzu lange aus diesem Alter heraus sind, lehne ich diese Idee klar ab. Ich meine, wer das Problem der unzureichenden Busverbindungen im ländlichen Raum damit lösen will, Jugendliche bereits mit 16 ans Steuer zu lassen, handelt unverantwortlich und gefährdet die Sicherheit auf unseren Straßen! Wir haben mit dem begleiteten Fahren ab 17 bundesweit eine gut funktionierende Lösung, mit der Jugendliche Erfahrung und Sicherheit im Verkehr gewinnen können. Da besteht

kein aktueller Handlungsbedarf!

Die CDU diskutiert derzeit, den Führer-

schein mit 16 einzuführen, um Jugendlichen im ländlichen Raum den Weg zur Arbeit zu erleichtern. Damit die jungen Leute eine Alternative zum dünnen öffentlichen Verkehrsangebot haben, sollen sie unter Einhaltung eines besonderen Sicherheitstempolimits selbstständig mit dem Auto fahren können, so die Überlegungen. Klingt zunächst ja auch gut, denn natürlich ist es für junge Leute ein Problem, abends aus Stadens oder Wieren nach Uelzen ins Kino zu kommen.

Die Ergebnisse der Unfallforschung sind aber eindeutig: junge Auto-





fahrende sind überproportional am Unfallgeschehen beteiligt. Die 18- bis 24-Jährigen verursachen fast ein Viertel aller PKW-Unfälle mit Verletzungen oder Todesfällen und das, obwohl die Gruppe der Jungen nur 8 Prozent an der Bevölkerung ausmachen. Für mich steht daher fest: Mit noch jüngeren PKW-Fahrenden werden diese Zahlen noch dramatischer ausfallen. Die CDU verstößt damit gegen ihr eigenes Verkehrssicherheitsprogramm, das eine Reduzierung der Verkehrsunfälle gerade bei der Hochrisikogruppe junger Fahranfänger vorschreibt.

Dass die Jugendlichen mit ihren Autos besonders in ländlichen Bereichen wie in der Samtgemeinde Aue unterwegs sein sollen, verschärft die Situation aus meiner Sicht noch erheblich. Gerade hat die Bundesregierung eine Kampagne für die Landstraße „Runter vom Gas“ gestartet, da hier das Unfallrisiko am höchsten ist. In dieses Risiko sollen

jetzt noch unerfahrene Jugendliche kommen - hier hat jemand nicht nachgedacht.

Verkehrsexperten von der Unfallforschung der Versicherer (UDV), dem Allgemeinen Deutschen Autofahrerclub (ADAC) und der Bundesvereinigung der Fahrlehrerverbände teilen die Einschätzung zum Führerschein mit 16, auch eine kaum zu überwachende Geschwindigkeitsbegrenzung würde die zusätzlichen Risiken nicht beseitigen.

Wir Politiker haben die Aufgabe, das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel gerade im ländlichen Bereich zu verbessern. Diese Aufgabe darf aber nicht zu Lasten der Verkehrssicherheit auf den Individualverkehr abgewälzt werden.

Ihre

Entschieden für Niedersachsen

Beim Landesparteitag in Oldenburg wurde Stephan Weil zum Landesvorsitzenden der SPD in Niedersachsen gewählt. Voraus gegangen war der Mitgliederentscheid, bei dem die SPD-Mitglieder mit ihren Stimmen den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2013 direkt gewählt hatten. Kein Politiker einer anderen Partei kann ein so breit getragenes Votum aus den eigenen Reihen vorweisen.



Sylvia Meier und Stefan Weil auf dem Landesparteitag



Unterwegs für den Wechsel – Fit für Niedersachsen

Stephan Weil ist in ganz Niedersachsen unterwegs für den Wechsel. Den Landkreis Uelzen besuchte er am 4. April 2012 zum ersten Mal. Nach der Betriebsbesichtigung der Bohlsener Mühle joggte er unter dem Motto „Fit für den Wechsel“ eine Stunde durch den Uelzener Stadtwald. Während des Joggens führte Stephan Weil Gespräche mit der Presse und interessierten Läufern. Den Abschluss seines Besuchs bildete die Veranstaltung „Lernen sie Ihren nächsten Ministerpräsidenten kennen“ im Kurhaus in Bad Bevensen.



Stephan Weil, OB in Hannover und
SPD-Landesvorsitzender

Landtagskandidatin Sylvia Meier

Die Delegierten der SPD des Wahlkreises 47 haben mich am 21. April zu ihrer Kandidatin für die Landtagswahl am 20. Januar 2013 gewählt. Herzlichen Dank für das Vertrauen. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger kennen mich durch meine langjährige kommunalpolitische Tätigkeit in Gemeinde, Samtgemeinde und Kreistag. In den folgenden Monaten werden Sie sich bei Hausbesuchen, Veranstaltungen und natürlich in der Lupe ein Bild von mir als Landtagskandidatin machen können. Offen und ehrlich möchte ich mit Ihnen über Politik diskutieren und dafür Sorge tragen, dass der Mensch wieder in den Mittelpunkt der Landespolitik rückt. Der demographi-

sche Wandel, die Bildungs- und Wirtschaftspolitik stellen uns vor große Herausforderungen. Niedersachsen muss endlich zukunftsfähig aufgestellt werden!



Sylvia Meier



Radweg zur B4 ist wichtig für die Menschen und die Region!

Der Bau des „Bürgerpfades“ von Nettelkamp nach Stadensen ist abgeschlossen. Nunmehr steht nach mehr als 30 Jahren entlang der Kreisstraße endlich eine sichere Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zwischen Nettelkamp und Stadensen zur Verfügung. Zeitgleich entstand durch den Lückenschluss ein Rundweg mit einer Gesamtlänge von ca. 8,5 km, den man nun zu Fuß oder per Rad, aber immer abseits der Fahrbahn, nutzen kann.

Jetzt geht es darum, das vorhandene Wegenetz auch an andere Gemeinden und an das überörtliche Radwegenetz anzubinden. Die Gemeinde Stadensen

grenzt westlich an das Gebiet der Samtgemeinde Suderburg. Zwischen Stadensen und Suderburg bestehen intensive Kooperationen, z.B. im Bereich des Sommerbades. Allerdings fehlt es an einer separaten Verbindung für Fußgänger und Radfahrer. Diese müssen bisher auf der gesamten Strecke die Fahrbahnen

der Kreisstraßen nutzen, was unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit große Sorgen bereitet.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Kreisstraße 14, beginnend am Suderburger Kreisel, seit einigen Jahren auch als Umleitungsstrecke für die Bundesstraße 4 fest ausgewiesen ist. Die Umleitungsstrecke verläuft vom Suderburger Kreisel über Stadensen und Nettel-

kamp bis nach Nienwohde. Bei entsprechenden Anlässen auf der Bundesstraße 4 wird die Verkehrsbelastung auf der Kreisstraße zeitweise drastisch erhöht, was die Nutzung für Radfahrer und Fuß-

gänger zusätzlich erschwert.

Zur Zeit wird der Radweg entlang der Kreisstraße von Suderburg bis zur B4 gebaut. Aus Sicht der SPD erscheint es daher sinnvoll, schnellstmöglich auch zwischen dem Suderburger Kreisel und Stadensen einen Radweg entlang der



Impressum

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
A. Dobsław
29525 Uelzen
info@spd-samtgemeinde-aue.de

Ortsverein Samtgemeinde Aue
Lüneburger Straße 42
Tel. 0581-5281



Kreisstraße zu bauen, der dann direkt an den Radweg Suderburg - Bundesstraße 4 anschließen würde.

Mit dem Bau des Radweges entlang der Kreisstraße 14 wäre eine direkte Vernetzung der Gebiete der Samtgemeinde Suderburg und der Samtgemeinde Aue gegeben, es würde sich um einen Lückenschluss handeln.

Die Vorteile für Tourismus und Wirtschaft auf beiden Seiten der Bundesstraße 4 liegen auf der Hand. Positive Auswirkungen hätte dieser Lückenschluss unter touristischen Gesichtspunkten auch für den Bereich Bad Bodenteich, weil mit diesem Radweg

die touristischen Anlaufpunkte zwischen der Ellerndorfer Heide und Bad Bodenteich verbunden würden.

Die SPD-Gruppe im Gemeinderat legte einen Antrag vor, der im Samtgemeinderat Aue einstimmig verabschiedet wurde. Erfreulich ist, dass auch in der Samtgemeinde Suderburg der Antrag der SPD unterstützt wird. Nun muss es darum gehen, dass wir uns gemeinsam um die Realisierung kümmern, was angesichts knapper Kassen sicher nicht leicht werden wird!

Andreas Dobslaw



NEWSLETTER EUROPA-INFO

Viele Entscheidungen, die unseren Alltag hier in Niedersachsen betreffen, werden heute auf europäischer Ebene getroffen. Der Newsletter „Europa-Info“ des Europaabgeordneten Bernd Lange informiert alle zwei Wochen per

E-Mail über aktuelle Europapolitik und die Frage, was die politischen Weichenstellungen der EU für die Menschen in Niedersachsen bedeuten.

Hier anmelden: www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info



Bernd Lange, Mitglied des Europäischen Parlaments: Keine Kinderarbeit für Kakao



Im Europäischen Parlament setze ich mich als handelspolitischer Sprecher der europäischen Sozialdemokraten für fairen Handel ein.

Im März hat das Europäische Parlament einem Internationalen Kakao-Übereinkommen zugestimmt, das zuvor von den wichtigsten Kakao-Exporteuren, Produzenten- und Verbraucherländern ausgehandelt wurde.

Auf Druck der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wurde gleichzeitig eine Resolution verabschiedet, in der Kakao-Produzenten, Schokoladenindustrie und Regierungen dazu aufgefordert werden, gemeinsam gegen Kinderarbeit beim Anbau und der Verarbeitung von Kakao vorzugehen.

Allein an der Elfenbeinküste und in Ghana arbeiten schätzungsweise 1,8 Millionen Kinder in der Kakao-Produktion, oft eng verbunden mit Kinderhandel. Die EU als weltweit größter Konsument von Kakao-Produkten hat beim Kampf gegen Kinderarbeit eine besondere Verantwortung.

In der Resolution appellieren die Abgeordneten an die Erzeugerländer, die UN-Übereinkommen zu den Rechten des Kindes und die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation zum Ver-

bot von Kinderarbeit zu ratifizieren und vollständig umzusetzen.

Kinderarbeit ist bereits seit der Unterzeichnung des ersten Internationalen Kakao-Protokolls im Jahr 2001 illegal, spielt aber leider im Kakao-Sektor nach wie vor eine große Rolle.

Ich fordere daher, dass ein Verstoß gegen internationale Verpflichtungen von EU-Seite zukünftig mit einer Rücknahme von Zollpräferenzen geahndet werden muss.

Wir müssen Kakao-Produkte vom Anbau bis zum Endkunden zurückverfolgen können, um Produkte aus Kinderarbeit aus den Läden zu verbannen. Produkte, die ohne Kinderarbeit hergestellt und mit gerechter Entlohnung von Produzenten verbunden sind, müssen mit einem Siegel, entsprechend gekennzeichnet werden, damit Verbraucher sich für das faire Produkt entscheiden können.

Was für Schokoriegel in Großbritannien schon Alltag ist, muss auch in Deutschland schnell Wirklichkeit werden. Wirklichen Schokoladengenuss kann es nur geben, wenn kein bitterer Nachgeschmack bleibt.

www.bernd-lange.de